



Ergebnisse der Workshops beim Kongress **MitSprache**

am 18. und 19. November 2016
in Berlin



Dokumentation zu folgenden Workshops

a.	Sexualisierte Gewalt in Familien	3
b.	Missbrauch in religiösen Kontexten	5
c.	Rituelle und organisierte Gewalt	6
d.	Aufarbeitung Institutioneller Bereich DDR-Heimkinder	7
e.	„Diesmal wollen wir es wirklich wissen“ – Die Arbeit der UKASK	8
f.	Recht und Gerechtigkeit: Zur Situation und zum Reformbedarf der Rechtslage bei sexualisierter Gewalt	11
g.	Ergänzendes Hilfesystem / Opferentschädigungsrecht	14
h.	Bedarfsgerechte (Psycho-) Therapie nach komplexer Traumatisierung	15
i.	Trans*geschlechtlichkeiten	17
j.	Zusammenarbeit und Vernetzung des Betroffenenrats mit Betroffenen	18
k.	(Partizipatorische) Forschung	19
l.	Prävention durch wirksame Aufsichtsstrukturen	21
m.	Betroffenheit vs. Professionalität?	22
n.	International cooperation / Internationale Zusammenarbeit	23
o.	Aguas Bravas Nicaragua	24

SEXUALISIERTE GEWALT IN FAMILIEN (1/2)

1. Familie ist einer der häufigsten Tatorte, aber in der Aufarbeitung unterrepräsentiert. Warum?
2. Welche typischen Mechanismen machen Familien zu Tatorten?
3. Was müsste passieren, damit Mitwisper_innen sprechen?
4. Welche Slogans sollte eine Kampagne haben, um Mitwisper_innen zum sprechen zu ermutigen?
5. Welche Hilfs-/Unterstützungsstrukturen helfen gut?
6. Was braucht Aufarbeitung für besondere Mittel bei sexueller Gewalt im familiären Kontext?
7. Was braucht persönliche Aufarbeitung?
8. Unterscheiden sich die Täter_innen in Institutionen und Familie?
9. Wie gehe ich damit um, betroffene_r hilf- und machtlose_r Mitwisper_in zu sein? Handlungsmöglichkeiten?
10. Unterschied zwischen Eltern/Kind-Missbrauch und Geschwistermissbrauch?

SEXUALISIERTE GEWALT IN FAMILIEN (2/2)

11. Wie kann unser Wissen dazu beitragen, dass Kinder von heute sich leichter öffnen können?
Wo kann Präventionsarbeit ansetzen?
12. Wie können betroffene Familienangehörige gemeinsam aufarbeiten?
13. Was bedeutet ein Outing in der Familie? Für mich und meine „guten“, parteilichen Familienmitglieder?
Outing gegenüber eigenen Kindern?
14. Wie kann man aufbrechen, dass die Schuld von wissenden Müttern nicht gesehen wird?
15. Die Rolle der Mutter?
16. Gibt es Parallelen in den Strukturen von Familie und Institutionen, die Missbrauch begünstigen?
 - Sumpf;
 - Autoritär;

Wir brauchen eine bundesweit abrufbare und anfüllbare Datenbank zu Orten, Täter_innen, Strukturen und Missbrauchspraktiken u. -ritualen, damit Betroffene sich finden und vernetzen können.

- Die Kirche mit ihren eigenen theologischen Waffen schlagen;
 - Die Sprachunfähigkeit der Kirche im Aufarbeitungsvorgehen beachten;
 - Unabhängige Aufarbeitung;
 - Partizipatorische Forschung (vergütet) auf Augenhöhe;
 - Jede generalisierende Aussage (von wem auch immer) über Betroffene (Opfer) ist falsch, weil sie andere ausschließt (Spaltung) und „fremd“ definiert.
- Am Ende ist das ursprünglich gewollte Thematisieren von gewaltverursachenden Strukturen in den Hintergrund gerückt.

Wichtige Themen aus der Sicht Betroffener

- „Ausstiegsbegleitung“: Was ist, wenn der Ausstieg nicht im Vordergrund steht?
- Sexualisierte Gewalt u. Rechtsextremismus: Gruppenkontexte
- Welche Erwartungen haben Betroffene an die UKASK? An die Forschung?
- Schutzkonzepte;
- Psychiatrie / Alternativen?
- OEG: Glaubwürdigkeit und DIS;
- Ausstieg und Alltag: Sicherheit?
- Hilfen / Begleitung von jungen Aussteigenden: Qualifizierung von Fachpersonal;
- „Trigger“ und Öffentlichkeit.

AUFARBEITUNG INSTITUTIONELLER BEREICH DDR-HEIMKINDER

7

Zuhören

Keine Betroffenen
zweiter o. dritter
Klasse – Leid ist
Leid

Öffentlichkeit
schaffen

Anerkennung

Missbrauch

Ergänzende Hilfen
auch für DDR –
dann eben durch
den Bund

Schwererziehbarkeit;
Militarisierung der Erziehung;
Sexuelle Verwahrlosung / Triebhaftigkeit;
↓
Bruchloses Anknüpfen an NS-Erziehungsideale

Der deutsche Staat sieht sich in der
Verantwortung für die Folgen der NS-
Herrschaft
↓
Muss also auch Verantwortung für die Folgen
der DDR-Erziehung übernehmen

Problem: Es muss in den neuen Bundesländern
bekannt gemacht werden, dass es in der DDR
repressive Heimerziehung gab.
↓

Diese Bundesländer müssen in den Fond
einzahlen.

Ein Wahlverfahren wird der
Mehrfachbetroffenheit nicht gerecht.

Politik muss DDR-
Kinder anhören

Aufklärung

Glauben schenken

„DIESMAL WOLLEN WIR ES
WIRKLICH WISSEN“ –
DIE ARBEIT DER UKASK (1/3)

Themen u.a.

- Missbrauch in DDR-Heimen;
- Kirchliche Einrichtungen;
- Vereinzelung von Betroffenen;
- „Strichjungen“;
- Genderfrage nicht gegeneinander ausspielen;
- „Mir wurde nicht geglaubt“;
- „Psychiatisierung“ von Betroffenen;
- Strukturelle Ursachen;
- „Igitt-Thema“: sekundäre Viktimisierung;
- Was passiert danach?
- Ziele der Aufarbeitung?

Mängel und Wünsche

- Gemeinsames Wir von Betroffenen, Expert_innen u. Beratungsstellen;
- Mehr Sichtbarkeit auch in Social Medias;
- Vernetzung von Betroffenen schaffen und nutzen;
- Männliche Betroffene U30 fehlen;
- Überschneidungen familiärer u. institutioneller Missbrauch;
- Symptome kommen zuerst, Erinnerung oft später;
- Ehrenamtliche Strukturen reichen nicht aus;
- Finanzielle Unterstützung bei Vernetzung von Betroffenen;
- Kein Betteln / Ohnmacht überwinden;
- „Wir glauben“ muss die Kommission auch in die Gesellschaft vermitteln;

„DIESMAL WOLLEN WIR ES
WIRKLICH WISSEN“ –
DIE ARBEIT DER UKASK (3/3)

Mängel und Wünsche (Fortsetzung)

- Mehr publizieren;
- Dass mehr geglaubt wird;
- Dunkelfeld aufhellen;
- Thema als Pflichtfach für alle Ausbildungswege;
- Mehr Informationen, regelmäßige Mails;
- Gesetzlicher Auftrag notwendig;
- Strukturelle Fragen: staatl. Mitverantwortung herausarbeiten;
- Aufforderungen an Kirchen u. Institutionen mitzumachen;
- Grenzen der Arbeit und Defizite in der Aufarbeitung benennen.

Ausstattung u. Qualifizierung

- Bessere personelle Ausstattung der Ermittlungsbehörden u. Gerichte;
- Kontinuierliche, verpflichtende Qualifikation (Fortbildungen) aller Akteure (Trauma- u. aussagepsychol. Fachwissen);
- (Familien)Richter_innen: Qualifikation in Psychologie, Pädagogik, SGB VIII u. altersgemäße Anhörung von Kindern u. Jugendl.
 - Am Wohl des Kindes ausgerichtet.

Qualitätsstandards

- Vernehmung bzgl. des Tatgeschehens nur durch geschulte Fachkommissariate. Anzeige bei anderer Polizeidienststelle nur für Tatortbefunde u. Beweismittel.
- Verpflichtende Einrichtung von Sonderdezernaten bei den Staatsanwaltschaften;
- Kontinuität der ermittelnden Staatsanwaltschaft mit Gewährleistung der Vertretung in der Hauptverhandlung.

3. Opferrechtsreformgesetz

- Der Betroffenenrat hat sich an einer Stellungnahme zum 3. ORRG beteiligt;
 - Nach Überzeugung des Betroffenenrats sollen die verletzten Kinder und Jugendlichen nur ein einziges Mal befragt werden.

Videovernehmung

- Verpflichtende audiovisuelle Dokumentation der Vernehmung auf Antrag der Nebenklage / der_des Zeugin_Zeugen
 - Vermeidung von Mehrfachvernehmungen u. fehlerhaften Beweistransfers
- Ist es der_dem Zeugin_Zeugen nicht möglich, in der Hauptverhandlung auszusagen, sollte eine frühere richterliche Videovernehmung gleiche Beweiskraft haben.

Begutachtung – Nullhypothese

- Die Kriterien der Glaubhaftigkeitsbegutachtung u. die dabei praktizierte Nullhypothese gehören auf den Prüfstand.
- Fachspezifische Fortbildung, Qualifikation (mit entsprechenden Mindeststandards) u. regelmäßige Prüfung von Gutachter_innen.

Betroffenengerechte Justiz

- Notwendigkeit eines kostenfreien, gesetzlich geregelten Anspruchs auf Rechtsberatung vor Erstattung der Strafanzeige;
- Betroffene müssen Risiken u. Chancen eines Strafverfahrens umfassend abwägen können;
- Welche Unterstützungsmöglichkeiten und Rechte haben sie?
- Beim ersten Behördenkontakt sollte von Amts wegen auf diese Möglichkeiten und Rechte hingewiesen werden.

Aufarbeitung und Evaluation

- Der Betroffenenrat fordert eine repräsentative, bundesweite Verlaufsstudie zum Umgang der Polizei, Staatsanwaltschaften und Strafgerichte mit Sexualstraffällen. Dabei sollen Verfahrensführung, Begutachtungen, Ursachen u. Begründungen der Einstellungen evaluiert werden.
- Forschungsbedarf bezüglich der Rechtsanwendung der Gerichte:
 - Welche Urteile werden mit welchem Strafmaß gesprochen u. begründet?

Kostenlose psychosoziale Prozessbegleitung

- §406g StPO: Der BR begrüßt die Einführung zum 01.01.2017 der kostenlosen psychosozialen Prozessbegleitung für von (sexueller) Gewalt betroffene Kinder u. Jugendliche im Strafverfahren.
- Der Anspruch sollte jedoch allen Betroffenen von Sexualstraftaten (ohne die Voraussetzung einer gesondert festzustellenden Schutzbedürftigkeit oder des Alters) zustehen.

Neues Sexualstrafrecht: Nein heißt Nein!

10.11.2016 / bff / Quelle: change.org

„Liebe Unterstützer_innen, heute tritt das neue Sexualstrafrecht in Kraft. In einer historischen Abstimmung hatte der Deutsche Bundestag im Juli 2016 einstimmig eine grundlegende Reform des Sexualstrafrechts beschlossen. Am 10.11.2016 treten die Neuregelungen in Kraft.

Damit ist ein sexueller Übergriff auch schon dann strafbar, wenn er gegen den erkennbaren Willen einer Person ausgeführt wird. [...]“

Auswahl zentraler Forderungen

- Dringend: bessere Qualifikation von Sachverständigen!
- Abschaffung der Nullhypothese;
- Evaluation von aussagepsychologischen Gutachten;
- Keine Verjährung:
 - Verjährung bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sollte generell ausgesetzt werden.
 - Nach Ablauf einer bestimmten Zeit (z. B. der aktuell geltenden Verjährungsfristen): Strafverfolgung nur auf Antrag des Missbrauchsopfers
 - Umwandlung des Officialdelikts in ein Antragsdelikt: Opfer können selber entscheiden und müssen keine Angst davor haben, in ein ungewolltes Verfahren hineingezogen zu werden. Angleichung zivilrechtlicher Verjährungsfristen an die durch die Ausdehnung der Ruhensfristen verlängerte Verjährung im Strafrecht;
- Begrenztheit des Strafverfahrens für den Heilungsprozess;

Warum keinen Antrag gestellt?

- Fällt aus allem heraus;
- Weiß nicht, was möglich ist;
- Mangelnde Stabilität;
- DDR-Heimkinder, keine Opfer 2. Klasse;
- Will Familie nicht hineinziehen;
- Beweislast;

Forderungen

- Budget – finanzielle Transparenz;
- Kongress Opferentschädigung inkl. Politik;
- Schulung der Ämter und Gerichte – „Frauenquote“;
- Spezielle Anspruchsstelle sexuelle Gewalt;
- Qualität der Gutachter;
- Externe Betroffene im Verfahren;
- Traumatisierung durch Verfahren entschädigen;
- §109 Gegengutachten;
- Dringlichkeit der Not beachten;
- Grad der Schädigungsfolgen (GdS) – emotionale Gewalt;
- Kompetenz der Beratungsstellen;
- Opfergleichheit;

... UND DIE VERSORGUNGSREALITÄT FÜR BETROFFENE

Der Ist-Zustand

... ist ein Skandal:

- Zu wenig Plätze
- Zu wenig Sicherheiten für Betroffene
 - Was ist hilfreich? Und weiß mein_e Therapeut_in davon?
 - Wird die Therapie bezahlt bis ich „gesund“ bin?
- Keine Hilfe nach „schädigenden“ Therapien

... wurde von der Initiative Phönix e.V. mit einer repräsentativen Studie erfasst: www.initiative-phoenix.de (Bundesnetzwerk für angemessene Psychotherapie – Betroffene für Betroffene)

Unsere Forderungen

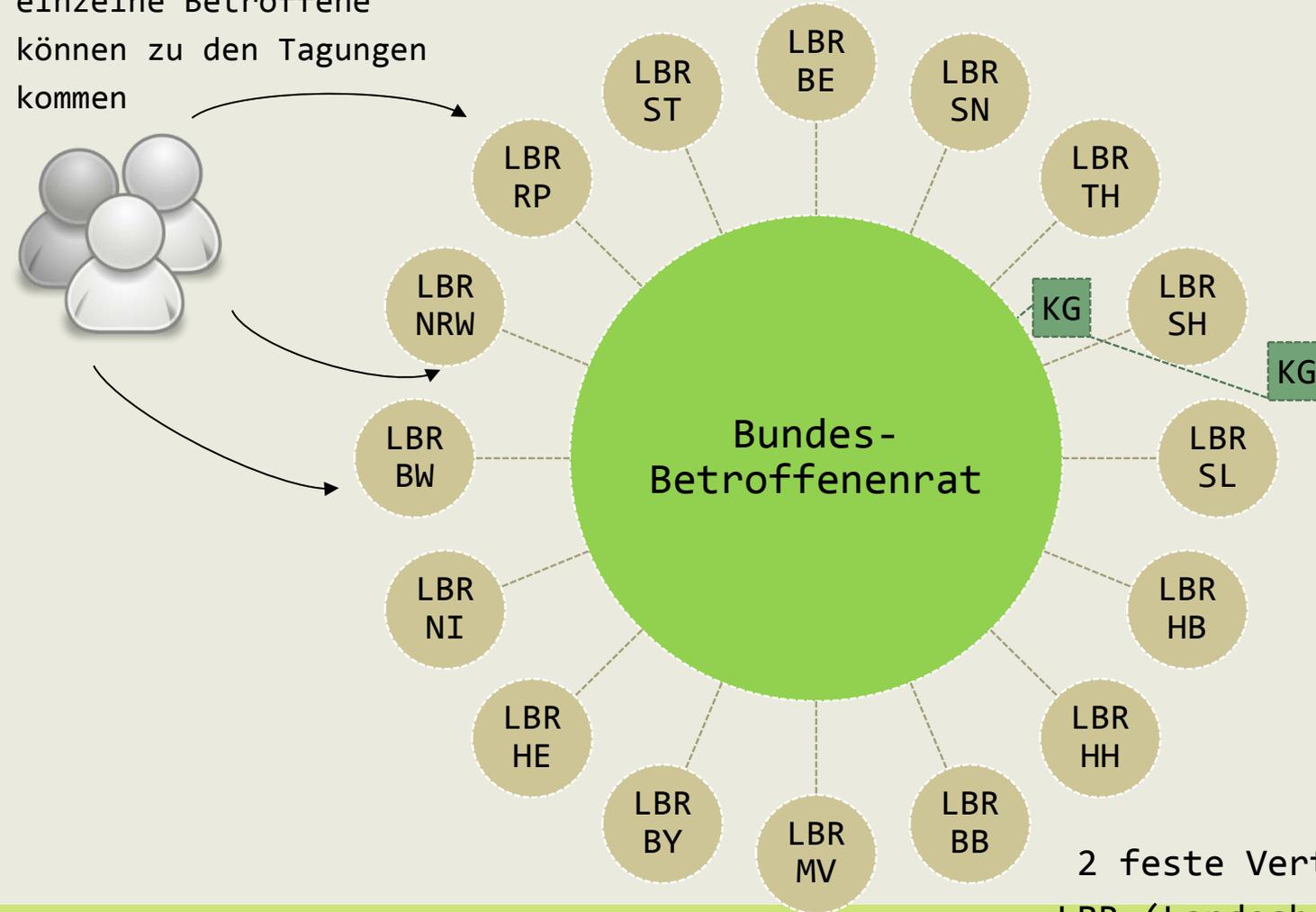
- Bessere Informationen und mehr Aufklärung für Betroffene und Helfende
- Bedarfsplanung am anzunehmenden Bedarf orientiert
- Mehr spezifische Wirksamkeitsstudien zu (Psycho-)Therapie und anderen Hilfsangeboten
- Studienfach „Psychotrauma“ / Traumafolgen als Standardthema in der Ausbildung (in sozialen Berufen)
- Krankenkassen sollen die Behandlungskosten tragen, die Betroffene als hilfreich aufzeigen
- Die Psychotherapierichtlinie muss entsprechend des Bedarfs geändert werden
- Der Traumabegriff muss erweitert werden (alles kann traumabedingt sein)
- Mehr Angebote für Männer und Frauen
- Stundenkontingente abschaffen
- Menschenrecht auf (medizinische) Versorgung wird beschnitten, das muss mehr Thema in der Politik sein

- Viele betroffene Trans*menschen
 - finden oft keine Unterstützung, weil Räume entweder für Frauen oder für Männer geöffnet sind → Angebote sollten sich Gedanken machen, ob und wie sie sich für Trans*menschen öffnen können
 - stoßen auf angenommene Kausalzusammenhänge zwischen Trans* und Trauma
- Betroffene und Trans*menschen (und betroffene Trans*menschen) erleben ähnliche Entmündigungen in medizinischen / psychosozialen / rechtlichen Systemen
 - Möglichkeit zur Selbstermächtigung
- Betroffene Trans*menschen werden nicht mitbedacht/angesprochen
 - Auch nicht auf diesem Kongress
 - Angebote, die sich als trans*offen betrachten, sollten sich von trans*spezifischen Angeboten beraten lassen
- Neue Gewalterfahrungen bei der Suche nach Unterstützung

ZUSAMMENARBEIT UND VERNETZUNG

18

einzelne Betroffene
können zu den Tagungen
kommen



16X

2 feste Vertreter_innen aus
LBR (Landesbetreffenenräten)

Derzeitige Forschung

- Gesundheitsforschung;
- Pädagogische Forschung
 - Hier teilweise Einbeziehung von Betroffenen, aber Verfügung über Ergebnisse u. Kontrolle über Daten bei Forscher_innen.
- Diskussion über partizipative Forschung (s. nächste Folie).

Davon getrennt gibt es die betroffenenkontrollierte Forschung, d.h. außeruniversitäre Forschung von betroffenen Wissenschaftler_innen.

Forschungsinhalte

- Berufliche Konsequenzen / Brüche;
- Bekannte Lücken schließen;
- Was hilft beim Auflösen von (Trauma-)Folgen?
- „Randthemen“ beachten: sexuelle Gewalt durch Frauen, Jugendliche, Geschwister;
- Forschung zu sex. Gewalt ist mehr als Forschung zu PTBS-Symptomen.

Was braucht partizipatorische Forschung?

- Ausschreibungen (Antragsworkshops, Sprache);
- Betroffene in Entscheidungsgremien;
- Beteiligung – finanziert – auf Augenhöhe, schon beim Antrag bzw. der Forschungsfrage;
- Gemeinsame Methodenentwicklung (Befragungen nur durch Wissende / Sensibilisierte);
- Interdisziplinarität u. Berücksichtigung des historischen Kontextes;
- Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses von sexueller Gewalt, Auswirkungen, etc.;
- Keine Diskriminierung/Stigmatisierung betroffener Wissenschaftler_innen (Menschenbild / Objekt – Subjekt);
- Kontrolle über Daten/Ergebnisse;
 - Partizipation braucht klare Absprachen u. Strukturen, die Machtverhältnisse verändern.

Es bestehen weiterhin große Lücken. Folgender Bedarf lässt sich erkennen:

- Gesetzliche Verpflichtung zur Achtung von Kinderrechten;
- Verpflichtende Schutzkonzepte für alle Einrichtungen;
- Fachwissen u. Bewusstsein sind gestiegen, jedoch Mehrbedarf an Qualifikation in Sachen Recht u. Sozialarbeit;
- Fachaufsichten müssen Kinder, Jugendliche u. Eltern ansprechen;
- Transparenz der Berichte der Fachaufsichten;
- Unabhängige Kinderanwaltschaft nach österreichischem Modell;
- Kindgerechtes Beschwerdemanagement;
- Schutzkonzepte inkl. Partizipation u. Beschwerdemanagement;
- Anspruch auf Beschwerde muss in der Praxis verpflichtend durchgesetzt werden;
- Verpflichtung zu Kinder- u. Gewaltschutzkonzepten in Flüchtlingsunterkünften.

Outing als Betroffener

- Wir wollen uns vernetzen, austauschen und unterstützen;
- Es gibt keine Pflicht zum Outing;
- Was ist mit mir und meiner Identität? „Posttraumatisches Wachstum“

Was ist Professionalität?

- Performance;
- Eine Frage der Abgrenzung;
- Eine Bewertung;
- Das Begriffspaar professionell/unprofessionell ist ein Bewertungsinstrument mit unklarem Inhalt.

Professionell mit den Medien umgehen

- Wir wollen nicht nur Hilfsempfänger sein;
- Wir wollen mit unseren Fähig- und Fertigkeiten dargestellt werden;
- Wir müssen nicht jede Frage und jede Medienform akzeptieren.

- Family as an institution;
 - Common webpage (e.g. *Survivors United*);
 - Exchange of information in different languages;
 - Start small but dream big;
 - Survivors are the key resource;
 - International power house.
-
- *Familie als Institution;*
 - *Gemeinsame Website (z.B. Survivors United);*
 - *Austausch von Informationen in verschiedenen Sprachen;*
 - *Klein anfangen, mit großem Ziel;*
 - *Betroffene sind die wichtigste Ressource;*
 - *Mächtiger internationaler Zusammenschluss.*

Die Situation u.a.

- Abtreibung ist vollkommen verboten, auch nach sexueller Gewalt;
- Reaktion der Weltöffentlichkeit auf die Verletzung von Menschenrechten bleibt aus: Nicaragua ist bekannt dafür, zahlreiche Verträge zu unterzeichnen, jedoch nicht einzuhalten.
- Schwangere 9- bis 13-jährige, die gezwungen sind, die Kinder auszutragen (1.600 Kinder pro Jahr).

Ideen / Forderungen

- Gesicherte Finanzierung von Organisationen anstatt von jeweils neuen Einzelprojekten;
- Druck auf Nicaraguas Regierung ausüben, damit sie ihre Pflichten einhält und Organisationen wie Aguas Bravas finanziert;
- „Betroffenenkongress“ auf Wanderung;
- Aguas Bravas sucht dringend Dauerspender_innen;
- 2018 ein Betroffenenkongress in Nicaragua.